

USA 1983: Ende einer Wirtschaftskrise?

George Günther Eckstein beobachtet seit vielen Jahren die Entwicklung der industriellen Beziehungen in den USA für die „Gewerkschaftlichen Monatshefte“.

Als Ronald Reagan im Januar 1981 das Präsidentenamt antrat, flaute die kurze Rezession von 1979/80 bereits allmählich ab. Aber seine auf falschen Voraussetzungen beruhende und mit falschen Mitteln arbeitende Wirtschaftspolitik half eine Wirtschaftskrise herbeizuführen, die Ende 1982 ein seit 1940 nicht mehr gekanntes Ausmaß erreichte. Das reale Bruttosozialprodukt fiel zwischen 1980 und 1982 um ca. 8 Prozent; die Auslastung der industriellen Produktionskapazität sank auf 65 Prozent, in der Stahlindustrie auf bis zu 40 Prozent. Es kam zu Massenentlassungen vor allem in den Grundstoffindustrien und immer häufiger zu Betriebsstillegungen. Dadurch erhöhten sich die fixen Kosten der Produktion; die Wirtschaftsgewinne sanken, sofern sie sich nicht sogar in die Milliarden-Verluste verwandelten.

Die Zahl der Erwerbslosen stieg von Ende 1981 bis Ende 1982 von 8 auf 11 Millionen, d. h. auf über 11 Prozent der am Arbeitsmarkt Teilnehmenden. Dabei verdoppelte sich gleichzeitig die Zahl der Dauerarbeitslosen (diejenigen, die über 15 Wochen arbeitslos sind) auf etwa 5 Millionen, und im Frühjahr 1983 war die Zahl derjenigen, die länger als 26 Wochen arbeitslos waren, auf 2,7 Millionen angestiegen. Die meisten von ihnen hatten damit das Ende ihrer Unterstützungsansprüche erreicht. Dazu traten dann noch etwa 2 Millionen sogenannte „entmutigte Arbeitslose“, die die Arbeitssuche als aussichtslos aufgegeben hatten und deshalb in der Statistik nicht mehr berücksichtigt werden. Seit März 1983 zeigt die offizielle Statistik einen winzigen Rückgang von je 0,1 Prozent pro Monat - eine Ziffer, die noch innerhalb der statistischen Irrtumsgrenze liegt.

Mit der geringen Ausnutzung der Produktionskapazität sank auch die Produktivität von Arbeit und Kapital und stiegen die Herstellungskosten. Dieser Umstand verhinderte, zusammen mit der Anhebung der Zinssätze unter der monetaristischen Finanzpolitik der Federal Reserve Bank, den mit früheren Krisen verbundenen Rückgang der Preise. Erst die Senkung der OPEC-Preise und die Lockerung der Zinsschraube führten ab Ende 1982 zu einem Rückgang der Inflationsrate, umgerechnet auf das Jahr von über 10 Prozent 1981 auf vier

Prozent im April 1983. Angesichts der ungenutzten Produktionskapazität mußte auch das Kernstück der Reaganomics, eine bewußt die Wirtschaft und die Reichen begünstigende großzügige Steuersenkung, ihren Zweck verfehlen. Anstatt, wie erwartet, Anreize für industrielle Investitionen zu geben (die Investitionsneigung litt in Wirklichkeit keineswegs an mangelndem Anlagekapital) brachte die Steuersenkung lediglich eine scharfe Einkommensverschiebung zugunsten der höheren Einkommen. Deren Investitionslust erschöpfte sich unter den gegebenen Umständen jedoch entweder in hochverzinslichen risikolosen Geldanlagen und öffentlichen Schuldverschreibungen oder in hohe Gewinne versprechenden, häufig steuerbegünstigten spekulativen Transaktionen auf dem Grundstücksmarkt, in Ölbohrungen und Spielkasinos. Produktive oder gar sozial nützliche Anlageobjekte versprechen angesichts der hohen Zinsrate keine vergleichbaren Profite.

In den Spitzen der Großkonzerne hatte sich eine ähnliche Mentalität entwickelt. An die Stelle einer langfristigen Planung und der Entwicklung neuer Produkte war vielfach finanzielle Manipulation getreten, so beim Zusammenschluß verschiedener Firmen oder beim Erwerb von anderen Großfirmen, oft zu überhöhten Preisen. Nicht selten erwiesen sich diese Transaktionen als kostspielige Fehlinvestitionen. In den Konzernspitzen haben Finanzleute und Syndici den Platz der Fachleute für Technik und Vertrieb eingenommen. Gleichzeitig vergrößerte sich die Spanne zwischen den Millionengehältern und Sondervergünstigungen des höheren Managements in den Konzernleitungen und dem Durchschnittseinkommen der Arbeiter, Angestellten und mittleren Manager in einem Ausmaß, das deren Arbeitsmoral nicht eben stärkte. So war es schließlich kein Wunder, daß die amerikanische Industrie allmählich auf vielen Gebieten von der japanischen und westeuropäischen Konkurrenz aus ihrer führenden Stellung verdrängt wurde. Diese Konkurrenz macht sich nicht nur in alten Industriezweigen wie Stahl und Automobilbau oder in arbeitsintensiven Industrien wie Bekleidung, sondern auch auf neuen Gebieten wie der Elektronik bemerkbar. Das hat neuerdings endlich zu ernsthaften Bemühungen um Umstellungen geführt, besonders in der Automobilindustrie. Rührige jüngere Ökonomen wie Lester Thurow und Robert Reich haben das Thema zu ihrem Spezialgebiet gemacht; ihre Vorschläge werden unter anderem auch von einer Gruppe fortschrittlicher Politiker aufgegriffen, den sogenannten Atari-Demokraten, darunter Garry Hart, einem der gegenwärtigen demokratischen Präsidentschaftsaspiranten .

Aspekte der Arbeitslosigkeit

Von erheblicher psychologischer und politischer Bedeutung ist die ungleiche Verteilung der Erwerbslosigkeit nach Alter, Geschlecht und sozialer

Gruppe, nach Regionen und Gewerbezeigen. Besonders schwer wiegt die Tatsache, daß, anders als in früheren Rezessionen, nun erstmals auch die Kerngruppe der erwachsenen weißen Männer empfindlich betroffen ist. Von Ende 1981 bis Ende 1982 stieg deren Arbeitslosenrate um 50 Prozent; bei den Frauen übrigens nur um 30 Prozent, obwohl die Zahl der arbeitenden Frauen zwischen 1975 und 1980 um nicht weniger als 5 Millionen angewachsen war. In dieser Diskrepanz kommt zum Ausdruck, daß Schlüsselindustrien wie Stahl-, Automobil- und Bauindustrie mit ihren überwiegend männlichen Belegschaften von der Krise am schwersten betroffen sind, während die Frauen am meisten in den unter der Krise weniger leidenden Dienstgewerben wie Einzelhandel, Banken, Erziehung und Gesundheitspflege vertreten sind.

Die traditionell hohe Jugendarbeitslosigkeit, teilweise erklärbar aus der speziellen Arbeitssituation von Jugendlichen, stieg ebenfalls noch leicht über ihren ohnedies hohen Stand hinaus. Die Zahl der arbeitssuchenden Jugendlichen sank im vorigen Jahr sogar um eine halbe Million, eine Folge des Endes der Baby-Boom-Jahrgänge der ersten Nachkriegszeit. Bei den farbigen Arbeitnehmern aller Kategorien ist die Erwerbslosigkeit freilich noch immer etwa doppelt so hoch wie in den entsprechenden weißen Gruppen und erreicht bei den schwarzen Jugendlichen das gefährliche Ausmaß von 50 Prozent.

Was die regionale Verteilung der Erwerbslosigkeit betrifft, so sind die alten Industriegebiete im Nordosten und Mittelwesten besonders hart betroffen. An der Spitze steht hier der Kohle- und Stahlstaat West-Virginia, wo die Arbeitslosigkeit innerhalb eines Jahres von 13 auf 21 Prozent answoll. Andere schwerbelastete Industriestaaten sind Michigan, Ohio, Alabama und Pennsylvania; hier erreichen manche Industriezentren Zahlen von 20 bis 25 Prozent. Auf der anderen Seite stehen Aufschwunggebiete im südlichen „Sonnengürtel“, die von neuen Technologien und Rüstungsaufträgen profitieren. Auch sie spüren allerdings den Rückgang der Öl- und chemischen Produktion.

Die Ursachen der gleichbleibend hohen Arbeitslosigkeit sind strukturell und konjunkturbedingt. Die *strukturelle* Arbeitslosigkeit ist dabei weniger der fortschreitenden Mechanisierung des Produktionsprozesses anzulasten. Die eigentliche Wandlung in der Wirtschaftsstruktur hat sich in den letzten Jahrzehnten anderwärts abgespielt: in der Verlagerung von der Güterproduktion auf das Dienstgewerbe. Für die Produktion bedeutet das die Schwerpunktverlagerung von Grundstoffindustrien auf die sogenannte „High Technology“ mit ihrem starken Anteil von „Research & Development“, d. h. der Erforschung und Entwicklung neuer Produkte und Methoden. Darüber hinaus hat sich auch im Produktionsbereich selbst das Gewicht - und die Beschäftigtenzahl - von der Herstellung auf die Organisation verschoben: auf Verkauf, Verteilung und

Werbung, auf Planung, Finanzierung und Verwaltung. In diese Entwicklung fallen auch die vielumstrittenen sozialen Auflagen der letzten Jahrzehnte, einschließlich Umweltschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz. Sie verbessern nicht nur die Qualität des Lebens, sondern schaffen auch neue Arbeitsplätze oder vermindern Verluste von Arbeitsleistung durch Krankheit und Unfälle. Schließlich haben soziale Reformen wie Krankenversicherung, Altersrente und Arbeitszeitverkürzung die Freizeit ausgeweitet und damit Dienstgewerbe wie Krankenpflege, Fremdenverkehr und Vergnügungsindustrie ausgedehnt.

Zu den Wachstumsgebieten der Dienstleistungen gehören auch manche der öffentlichen und halböffentlichen Dienste. Quantitativ schlagen sich all diese Wandlungen in der Beschäftigungsstatistik nieder: Zwischen 1952 und 1982 stieg der Anteil des Dienstleistungssektors an der Gesamtzahl der Beschäftigten von 50 auf 75 Prozent. Diese Verschiebung von der Fabrik in das Büro und das Labor setzt auf dem Arbeitsmarkt ein wachsendes Angebot von Arbeitskräften mit Mittel- und Hochschulbildung voraus. Umgekehrt ist der Bedarf an ungeschulten Hilfsarbeitern, eine wichtige Beschäftigungsquelle für farbige Arbeiter, erheblich zurückgegangen.

Die der strukturellen Arbeitslosigkeit zugrundeliegende Entwicklung - Verschiebung von Warenproduktion auf Dienstleistung, Modernisierung des Produktionsprozesses durch Elektronik und Roboterisierung - ist unaufhaltsam. Die Antwort darauf muß in einer Kombination von technischer Umschulung der bedrohten Beschäftigten, einer Umlenkung des Schulunterrichts und der beruflichen Vorbereitung von der Fabrik aufs Büro sowie von der alten auf die neue Technologie und schließlich in einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit gesucht werden. Es fehlt in den USA nicht an Instituten, die sich mit solchen Fragen beschäftigen; aber den von ihnen angebotenen Lösungen stehen in einer so diffusen politischen und sozialen Gesellschaftsstruktur erhebliche Hindernisse entgegen.

Anders steht es um die *konjunkturbedingte* Erwerbslosigkeit der letzten Jahre. Zu den vermeidbaren Verirrungen, die zu ihrer Ausbreitung geführt haben, gehört in erster Linie Reagans widersinnige Wirtschaftspolitik. Die Mischung aus Reaganomics und Monetarismus erwies sich als verheerend. Es bedurfte der schwersten Krise seit vier Jahrzehnten, um Ende 1982 den Konjunkturrückgang einzudämmen und eine Senkung der Inflation einzuleiten. Die Kosten hatten fast ausschließlich die unteren Einkommensgruppen zu tragen. Die Kombination einer die Reichen begünstigenden Steuersenkung mit dem Abbau der Sozialprogramme bewirkte innerhalb von zwei Jahren eine scharfe Umverteilung der Einkommen zugunsten der Wohlhabenden.

Der unterhalb der Armutsgrenze lebende Teil der Bevölkerung war in den sechziger Jahren dank der Reformen unter Präsident Johnson endlich von einem Fünftel auf ein Zehntel reduziert worden. Seit Beginn von Reagans Amtszeit hat sich jedoch der Armutssektor wieder ausgedehnt und er belastet die Gesellschaft um so mehr, als er nun weitgehend ignoriert wird. Alice Rivlin, die fähige Leiterin des parlamentarischen Budgetbüros, wies kürzlich darauf hin, daß heute ein Viertel aller Kinder in Armut aufwachsen, viele davon in farbigen Familien und/oder in Familien mit nur einem Elternteil. Diese Kinder wachsen vielfach zu Jugendlichen mit mangelhafter Schulbildung und Arbeitsdisziplin heran, für die die heutige Dienstleistungsgesellschaft wenig Verwendung hat. Die ungelerten Jugendlichen stehen zunehmend vor der Wahl zwischen schlechtbezahlter Gelegenheitsarbeit oder Kriminalität und bilden eine bedrohlich anwachsende Unterklasse. Für manche ist der Militärdienst zur aussichtsreichsten Karriere geworden.

Die Rücksichtslosigkeit, mit der bei der Kürzung der Sozialleistungen oft vorgegangen wird, war zunächst an den Einsparungen bei Programmen zur Schulspeisung, Rechtshilfe, Lebensmittelhilfe deutlich geworden. Mit welchen versteckten Methoden dabei gearbeitet wurde, ist aber erst neuerdings am Beispiel der Invalidenrente ans Tageslicht gekommen. Unter Hinweis auf einen angeblich weitverbreiteten Mißbrauch dieser Unterstützungsleistungen wurden örtliche Ämter der Sozialversicherung angewiesen, die Berechtigung der Empfänger häufiger und schärfer nachzuprüfen. Dabei wurde ihnen eine Quote zugewiesen, deren Nichterfüllung ihnen Verweise eintrug. Das führte zu einer brutalen bürokratischen Mißhandlung vielfach wehrloser, armer, körperlich und geistig behinderter Menschen. Viele wurden nach oberflächlicher Untersuchung arbeitsfähig geschrieben und sahen sich plötzlich ohne Einnahmequelle. Ihre meist berechtigten Anträge auf Wiederherstellung ihrer Ansprüche werden oft ignoriert oder hinausgeschoben, selbst wenn es ihnen gelingt, sie von dafür vorgesehenen Richtern bestätigt zu bekommen. Obwohl es sich hier um Hunderttausende von Fällen handelt, ist die Praxis erst seit kurzem durch die Bemühung von Hilfsorganisationen und eines Untersuchungsausschusses des Senats bekannt geworden. Ähnliche Verfahren werden an manchen Orten von den Wohlfahrtsbehörden angewandt. Kein Wunder, daß sich allenthalben die Zahl der Bettler, der Obdachlosen, der Diebstähle mehren. Kein Wunder auch, daß sich Tausende einfinden, wenn in einem Betrieb 100 Hilfsarbeiterstellen ausgeschrieben werden. Kein Wunder schließlich, daß in manchen Großstädten proletarische Wohngebiete bis zur Unbewohnbarkeit verfallen.

Neuerdings hat die Arbeitslosigkeit auch die Schichten der höheren Angestellten und mittleren Manager erreicht. Aber am unmittelbarsten sind die Fa-

brikarbeiter betroffen, und hier wiederum am schwersten die mit der Gewinnung von Grundstoffen und der Herstellung dauerhafter Konsumgüter befaßten Industrien. In der Metallgewinnung hatte Ende 1982 die Erwerbslosigkeit einen Stand von 25 Prozent erreicht, in der Automobilherstellung 24 Prozent, im Baugewerbe 22 Prozent. In der übrigen verarbeitenden Industrie bewegt sie sich überwiegend zwischen 15 und 20 Prozent. In den letzten Monaten ist vor allem in der Autoindustrie eine leichte Besserung eingetreten. Dagegen hielt sich die Beschäftigtenzahl in den Dienstleistungsgewerben insgesamt auf dem in den letzten Jahren erreichten Höchststand; im Gesundheitsdienst und im Finanzwesen nahm sie sogar zu.

Gewerkschaften

Ausmaß und Dauer der Krise stellten insbesondere die Gewerkschaften vor schwierige Probleme. Bekanntlich sind in Amerika kaum mehr als ein Fünftel der Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert. Ihre größte organisatorische Stärke liegt gerade in jenen Industriezweigen, in denen sowohl die strukturelle wie die konjunkturelle Erwerbslosigkeit ihren höchsten Stand erreicht hat. In den letzten Jahren hatten die Gewerkschaften ihren Mitgliedern immerhin die Reallöhne sichern können. Sie hielten so mit der schleichenden Inflation einigermaßen Schritt. Darüber hinaus konnten sie in manchen Industriesektoren nicht unerhebliche Nebenleistungen erringen - etwa bei der Krankenversicherung (in Amerika bekanntlich nicht staatlich), bei Zulagen zur Arbeitslosenunterstützung, bei Pensionen und dergleichen.

Angesichts der sich mehrenden Entlassungen und Stilllegungen trat bei den Tarifverhandlungen des letzten Jahres die Sorge um die Erhaltung des Arbeitsplatzes gegenüber der Forderung nach höheren Löhnen in den Vordergrund. Unter den Belegschaften breitete sich ein Gefühl der Unsicherheit aus, noch verstärkt durch den Umstand, daß Betriebe oft ohne Mitsprache der Gewerkschaften einfach stillgelegt wurden. Die öffentliche Arbeitslosenunterstützung wurde auf 26 Wochen begrenzt; die Möglichkeit einer zusätzlichen Unterstützungsperiode von 13 Wochen wurde zunächst von der Reagan-Regierung eingeschränkt und besteht gegenwärtig nur in etwa der Hälfte der Einzelstaaten. Erst im Nachklang der Novemberwahl von 1982 hat die Bundesregierung darüber hinaus den schwerstbetroffenen Einzelstaaten Darlehen zur Finanzierung weiterer 24 Unterstützungswochen bereitgestellt, allerdings mit 10 Prozent ziemlich hoch verzinst. (Die Arbeitslosenunterstützung wird in erster Linie von den Einzelstaaten aus Abgaben der Unternehmen bestritten.)

Bei den Tarifverhandlungen der letzten Zeit mußten sich die Gewerkschaften fast ausnahmslos zu sogenannten „Give-Backs“ bereitfinden, zur Rückga-

be von Nebenleistungen also, die in den letzten Jahren zum Teil anstelle von Lohnerhöhungen vereinbart wurden und die die Arbeitskosten verteuert hatten, wie z. B. Arbeitsregeln. Sonderfeiertage. Krankheitsurlaub. Darüber hinaus mußte auch auf gewohnte Lohnerhöhungen und/oder auf die automatische Anpassung an steigende Lebenshaltungskosten verzichtet oder in deren Aufschub eingewilligt werden. Solche Zugeständnisse wurden neuerdings durch den Rückgang der Inflation etwas erleichtert.

Bei diesen Verhandlungen zeigten sich Gewerkschaften wie Unternehmer häufig recht erfinderisch im Ausdenken von akzeptablen Kompromissen. Das geht aus einer kürzlich in der „Monthly Labor Review“, einem Organ des Arbeitsministeriums, veröffentlichten Übersicht über die wichtigsten Tarifverhandlungen des Jahres 1982 hervor. Darin wird unter anderem festgestellt, daß sich die Lohnerhöhungen im Schnitt auf 3,8 Prozent beschränkten gegenüber 8,3 Prozent in den vorherigen Tarifverträgen. Mehrfach, etwa in der mit hohen Verlusten arbeitenden Automobilindustrie, tauschten die Gewerkschaften Lohnerhöhungen gegen Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung und gegen Mitspracherechte bei gewissen Entscheidungen des Managements ein. In anderen Fällen wird der Verzicht auf Lohnerhöhung durch Beteiligung an künftigen Gewinnen wettgemacht oder in Form eines verzinslichen Darlehens ausbezahlt. Die Automobilgewerkschaft erhielt bei der Sanierung von Chrysler, an der sie mit einem größeren Darlehen aus ihrem Pensionsfond beteiligt war, einen Sitz im Aufsichtsrat - ein damals aufsehenerregender Präzedenzfall. Einige weitere Firmen gewährten ihren Gewerkschaften begrenzten Zugang zu den Spitzengremien in anderer Form. In einigen Großbetrieben von General Motors wird ein Versuch mit „lebenslänglicher Beschäftigung“ nach japanischem Muster unternommen.

Ähnliche Vereinbarungen finden sich auch in anderen hartbetroffenen Industrien. Relativ selten kam es zu direkten Lohnkürzungen von bis zu 10 Prozent. Meist erfolgten die Zugeständnisse auf dem Gebiet der Arbeitsregeln und Sonderzulagen. Mehrfach, so bei Eastern Airlines und PanAm Airlines, wurden die Angestellten dafür durch Aktienausgabe oder Gewinnbeteiligung entschädigt. In einigen Fällen, darunter in einem mittelgroßen Stahlwerk, wurden von der Schließung bedrohte Verlustbetriebe in den Besitz der Belegschaft übernommen - eine fragwürdige Regelung, die unter den gegebenen Umständen attraktiv erscheinen mochte, aber wirtschaftlich auf die lange Sicht recht bedenklich ist. Sie stellt die neuen Besitzer vor Aufgaben, denen sie kaum gewachsen sind.

Die Vielfalt der Formen, in denen sich die USA-Gewerkschaften über die Krise hinwegzuschützen suchen, kann freilich ihre tatsächliche Schwäche nicht

verbergen. Die Mitgliederzahl der AFL-CIO, der gewerkschaftlichen Dachorganisation, fiel allein in den letzten zwei Jahren um etwa 10 Prozent. Die Zukunftsaussichten gerade der großen Gewerkschaften sind um so trüber, als sie in den Industriezweigen konzentriert sind, deren Beschäftigtenzahl durch strukturelle und technologische Wandlungen unaufhaltsam sinkt. Manche Massengewerkschaften - so die Automobil- und die Metallgewerkschaft - versuchen, den Mitgliederverlust an Fabrikarbeitern durch Organisierung von Angestellten wenigstens teilweise wettzumachen. Von den großen Gewerkschaften konnten in der Hauptsache nur die Kommunikationsarbeiter und die öffentlichen Angestellten einen Zuwachs verzeichnen.

Für die unorganisierten Arbeiter ist die Lage noch schwieriger. Die hohe Arbeitslosigkeit macht eine nennenswerte Ausdehnung der gewerkschaftlichen Organisierung unwahrscheinlich. Viele Gewerkschaften haben Mühe, auch nur einen funktionsfähigen Verwaltungsapparat aufrechtzuerhalten. Die Zentrale der AFL-CIO mußte bereits vor einem Jahr die Publikation ihres monatlichen Organs einstellen.

Dazu kommt noch das Anwachsen der ausländischen Konkurrenz. In Leichtindustrien wie Textil und Elektronik ist das niedrige Lohnniveau in Ostasien und Lateinamerika ausschlaggebend. In der Schwerindustrie liegt die Hauptursache für die schlechte Lage der Branche in den rückständigen Produktionsmethoden Amerikas im Vergleich zu Westeuropa und Japan. Kein Wunder, daß die Beschäftigung in der Stahlindustrie zwischen 1957 und 1982 von einer Million auf 650000 zurückging und der Importanteil am amerikanischen Automobilmarkt in den letzten 20 Jahren von zwei auf 23 Prozent anstieg. Seit einem Jahr setzt daher die Automobilgewerkschaft ihren nicht unerheblichen politischen Einfluß für ein sogenanntes „Domestic Content“-Gesetz ein, wonach künftige Auto-Importe nur dann zulässig sind, wenn die Autos mit einem Anteil bis zu 80 Prozent mit einheimischen Teilfabrikaten ausgestattet sind. Die Aussichten für ein solches Gesetz sind jedoch angesichts des multinationalen Charakters der heutigen Weltwirtschaft, der potentiellen ausländischen Gegenmaßnahmen und der Verteuerung für den amerikanischen Verbraucher ziemlich gering. Inzwischen mehrt sich ohnedies die Zahl ausländischer Firmen, die ihre Autos in amerikanischen Betrieben fertigen lassen.

Die Gesetzgebung in den 60er und 70er Jahren hatte der schwarzen Jugend erstmals in größerem Maße den Weg zur höheren Schulbildung und den Zugang zu den mittleren Sprossen der Berufsleiter geöffnet. Damit hatte diese Gruppe endlich eine Stufe der Gleichberechtigung erreicht, die ihr die Identifizierung mit der Gesamtgesellschaft ermöglichte. Auch dieser noch keineswegs gesicherte Eingliederungsprozeß ist nun gefährdet. Die Arbeitslosigkeit, die

heute auch die weißen Männer bedroht, führt bei Entlassungen zu Konflikten zwischen weißen Arbeitnehmern, die auf Seniorität pochen und neuaufgestiegenen Schwarzen, die ein gesetzliches Anrecht auf einen Anteil der Stellen in den einzelnen Firmen oder Ämtern haben. Das Resultat dieser Entwicklung ist die wechselseitige Erbitterung und eine Stagnation im wirtschaftlichen Aufstieg der Schwarzen. Das bringt auch die Gewerkschaften manchmal in eine schwierige Situation.

Von erheblicher Bedeutung ist auch die erwähnte ungleiche regionale Verteilung der Krisenfolgen. Die darniederliegenden alten Massenindustrien sind im Nordosten und Mittelwesten konzentriert: die Notlage einiger Städte, wie z. B. Detroit, ist weltbekannt. Die neuen Wachstumsindustrien sind weitgehend im Sonnengürtel angesiedelt und haben zusammen **mit** der Aufstellung von Militäranlagen diese Gebiete an Einkommen und Bevölkerung bereichert. Die mit der Verlagerung verbundene geographische Umverteilung von Wohlstand und Wählern hat auch zu einer Verlagerung des politischen Einflusses dorthin geführt. Dies ist um so bedenklicher, als das amerikanische politische System ohnehin so strukturiert ist, daß sich das nationale Gesamtinteresse nur schwer gegen lokale Sonderinteressen durchsetzen kann.

Reagans wiederholte Versuche, die Sozialausgaben zu senken oder sie auf die Einzelstaaten abzuwälzen, erwiesen sich weitgehend als nicht durchführbar. Die sich vertiefende Krise steigerte im Gegenteil die Kosten der Sozialprogramme, während sich gleichzeitig mit dem Rückgang der Löhne und Gehälter und der Wirtschaftsgewinne die Steuereinkünfte verringerten - von den wachsenden Rüstungsausgaben ganz zu schweigen. Entsprechend stieg das Bundesdefizit in Reagans erstem Haushaltsjahr mit 110 Milliarden Dollar auf das Dreifache seines Voranschlags. Für das laufende Haushaltsjahr wird gar ein Defizit von 200 Milliarden erwartet, und wegen der rapide steigenden staatlichen Zinslast ist auch für die nächsten Jahre nicht mit einer Besserung zu rechnen.

Reagan hält aber zäh an dem seit 50 Jahren diskreditierten Glauben an den Segen der Marktfreiheit und Privatinitiative fest. So konnte er sich allen Ernstes zwecks Lösung des Arbeitslosenproblems an die Arbeitgeber mit der Aufforderung wenden, „jeder von ihnen möge *einen* zusätzlichen Arbeiter einstellen.“

Als Zugeständnis an das Drängen der um ihre Wiederwahl besorgten Politiker seiner Partei wurden einige Kürzungen, die die bestehenden Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen betreffen, wieder rückgängig gemacht. Der von den Republikanern kontrollierte Senat bereitet außerdem ein Gesetz vor, das den

Arbeitslosen die teilweise Fortsetzung ihrer Krankenversicherung sichern soll, was bislang nicht möglich war und dazu führte, daß die Ansprüche verfielen. Als einzige neue Maßnahme soll am 1. Oktober 1983 das langfristig ausgerichtete Programm einer „Job-Training-Partnerschaft“ in Kraft treten. Im Einklang mit Reagans Philosophie basiert dieses Programm auf der engen Zusammenarbeit zwischen Privatwirtschaft und lokalen Behörden. Sie sollen gemeinsam die aus staatlichen Mitteln zu finanzierenden Pläne zur Vorbereitung junger Arbeitsloser auf Arbeitsplätze in der Privatindustrie ausarbeiten. Eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst ist ausdrücklich ausgeschlossen. Es wird sich erweisen müssen, ob die Privatfirmen die Gelder für dieses Programm tatsächlich zur Fachausbildung ungelernter Arbeitsloser verwenden und nicht etwa als Zuschüsse für unqualifizierte Jobs. Die Bedeutung des Programms ist bestenfalls langfristig zu beurteilen; zu einer unmittelbaren Senkung der Arbeitslosigkeit kann es jedenfalls nur wenig beitragen.

Von sonstigen Versuchen, zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes beizutragen, wäre allenfalls auf lokale Maßnahmen wie die vorzeitige Pensionierung von Lehrern und anderen öffentlichen Angestellten hinzuweisen - ein Weg, auf dem auch sozial eingestellte Privatunternehmen, wie Eastman Kodak, durch großzügige Abfindungen die freiwillige Pensionierung älterer Angestellter erreicht und Massenentlassungen vermieden haben. Die Möglichkeit einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung wird von keiner Seite ernsthaft in Erwägung gezogen.

Unter diesen Umständen ist bestenfalls mit einer schwankenden Konjunkturerholung zu rechnen. Die ersten Anzeichen der letzten Monate - Verlangsamung der Inflation auf vier bis fünf Prozent, Rückgang der Zinsrate, Börsenhäusse, Zunahme der Wirtschaftsgewinne, leichter Anstieg der Kapazitätsauslastung - werden von der Regierung als Beginn eines starken Konjunkturaufschwungs gefeiert. In der Tat ist im ersten Quartal 1983 das Bruttosozialprodukt um 2,5 Prozent gestiegen, und für das zweite Quartal erwartet man eine Steigerung der Jahresrate auf vier bis sechs Prozent.

Aber die Wirtschaftswelt ist skeptischer und hält sich mit wenigen Ausnahmen - etwa der Automobilindustrie - mit größeren Neuinvestitionen und Neueinstellungen zurück. Auf einem Treffen im Mai warnten die Vorsitzenden der größten Industriekonzerne davor, von der Konjunkturbelebungen nennenswerte Neueinstellungen zu erwarten. Man werde stattdessen die Automatisierung vorantreiben. So rechnen selbst optimistische offizielle Voraussagen nicht damit, daß die Erwerbslosigkeit in diesem Jahr die 10-Prozent-Grenze nennenswert unterschreitet; und angesichts des enormen staatlichen Defizits erscheint eine Erhöhung der Zinsrate unvermeidlich.

Dazu kommt noch die überhöhte Bewertung des Dollars auf dem Weltmarkt. Mit den daraus erwachsenden Folgen für die amerikanische Wirtschaft beschäftigte sich kürzlich die Wirtschaftszeitschrift „Business-Week“ (Ausgabe vom 27. Juni), Die Aufwertung des Dollars habe in den letzten zwei Jahren das Defizit der Handelsbilanz um 60 Milliarden Dollar ausgeweitet, einen Verlust an Arbeitsplätzen von 1,6 Millionen und eine Einbuße im Bruttosozialprodukt von 100 Milliarden verursacht. Die mit dem Zinsgefälle und der relativen Stärke der USA-Wirtschaft enorm gestiegenen ausländischen Investitionen seien wegen ihres überwiegend spekulativen Charakters ein zweifelhafter Segen. Die destabilisierende Wirkung des überhöhten Dollarwertes erstreckt sich danach nicht nur auf die übrige Weltwirtschaft.

Was die Erwerbslosigkeit betrifft, so mehrten sich die Stimmen, die eine Arbeitslosenrate von 9 Prozent als „normal“ zu akzeptieren bereit sind. Noch ist es nicht soweit, daß man sich bei der Lösung dieses gesellschaftlichen Hauptproblems mit einem solchen mathematischen Trick begnügen wird. Doch allein schon die in die Wirtschaftsstruktur eingebaute Tendenz ihres Anwachsens ist ein schwer zu bewältigendes Dauerproblem.

Aber alle Maßnahmen der nächsten Zeit stehen unter dem Gesichtswinkel der Wahl von 1984. Hier verfügt ein die Wiederwahl anstrebender Präsident über erhebliche Mittel der Intervention und der Ablenkung. Den mutmaßlichen Kandidaten der Demokraten fehlt vorerst noch die rechte Überzeugungskraft. Der Ausgang der Wahl wird jedenfalls, wie die Kongreßwahlen des vorigen Jahres zeigten, wesentlich von der Wirtschaftsentwicklung der nächsten 12 Monate bestimmt werden.